

November 22, 1990

**The Chancellor's [Helmut Kohl's] Breakfast Meeting
with President Mitterrand on Wednesday, 21
November 1990 in Paris for the Occasion of the
CSCE Summit**

Citation:

"The Chancellor's [Helmut Kohl's] Breakfast Meeting with President Mitterrand on Wednesday, 21 November 1990 in Paris for the Occasion of the CSCE Summit", November 22, 1990, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59734, 133-138. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger.
<https://wilson-center-digital-archive.dvincitest.com/document/300099>

Summary:

Kohl and Mitterrand assess the relevance of the Paris CSCE Summit and the situation in the Gulf, especially UN resolutions on Iraq and the potential use of force under a UN mandate.

Original Language:

German

Contents:

Original Scan
Transcript - German
Translation - English

Feldsch

em

V e r m e r k

Betr.: Frühstück des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand am Mittwoch, den 21. November 1990 in Paris aus Anlaß des KSZE-Gipfeltreffens

*H. 9/21 B.K.
23/11*

Das Gespräch wendet sich zunächst dem KSZE-Gipfeltreffen zu.

Der Bundeskanzler bemerkt, ein Vergleich mit dem Wiener Kongreß hinke. Bei dem Gipfeltreffen handele es sich um mehr als ein Jahrhundertereignis. Es sei etwas einmaliges. Er begrüße es, daß das Treffen in Paris stattfinde. Die Atmosphäre hier sei sehr hilfreich für das Gelingen.

*2/11/90
23/11
22/11*

Präsident Mitterrand bemerkt, es gebe immerhin einige französische Zeitungen, die nur über die durch das Treffen verursachten Verkehrsstaus schrieben und die positiven Aspekte kaum beachteten. Er habe manchmal Sorge um das Gleichgewicht der Demokratie bei dem starken Einfluß der Medien. Der Präsident fährt fort, die Volksvertreter könnten doch sehr stark durch die Medien beeinflußt werden. Über Jahrhunderte hinweg habe sich zunächst ein Gleichgewicht zwischen Exekutive und Legislative gebildet; im 18. Jahrhundert sei noch die Judikative hinzugekommen. Dieses Gleichgewicht sei sorgfältig austariert gewesen. Es werde heute durch die Medien gefährdet. Wenn man jedoch eine diesbezügliche Bemerkung mache, heiße es, man sei ein schlechter Demokrat.

Der Bundeskanzler gibt der Überzeugung Ausdruck, daß im 21. Jahrhundert ein Weg gefunden werden müsse, um dem Rechnung zu tragen oder die Demokratie werde scheitern. Er weist darauf hin, daß Bilder noch mehr die Menschen manipulieren könnten als geschriebene Texte.

Präsident Mitterrand äußert seine Befriedigung über den Verlauf des Gipfels. Deutschland habe ja auch allen Entscheidungen zugestimmt. Am Rande sei es im wesentlichen um den Golf gegangen. Er sei sich nicht sicher, ob es Präsident Bush nicht zu eilig gehabt habe. Auf die entsprechende Frage von Präsident Bush habe er geäußert, er sei mit einer Diskussion über eine Resolution der Vereinten Nationen einverstanden, die die Anwendung von Gewalt beinhalte. Es gehe nur um die Diskussion des genauen Wortlauts. Unmittelbar nach diesem Gespräch sei dies von dem amerikanischen Sprecher dahingehend interpretiert worden, daß Mitterrand nicht mit der Gewaltanwendung einverstanden sei. Dies sei nicht richtig; allerdings komme sie nur im Rahmen der Vereinten Nationen in Betracht.

Der Bundeskanzler fragt nach, ob Präsident Bush damit einverstanden gewesen sei, daß Gewalt nur auf der Grundlage einer UN-Resolution ausgeübt werde.

Präsident Mitterrand bejaht dies. Er fährt fort, die Amerikaner könnten sich sonst auf Artikel 51 der UN-Charta berufen, der eine Intervention erlaube, wenn ein Land um Hilfe bitte. Dies sei bisher der Standpunkt von James Baker gewesen. Jetzt seien auch die Amerikaner der Auffassung, daß eine UNO-Resolution hierfür erforderlich sei, die Gewaltanwendung ausdrücklich vorsehe. Er finde dies richtig. Saddam Hussein müsse verstehen, daß er nicht viel Spielraum habe.

Der Bundeskanzler stimmt zu, daß alle Maßnahmen unter dem Dach der Vereinten Nationen getroffen werden müßten.

Präsident Mitterrand weist darauf hin, daß Gorbatschow ebenso denke wie der Bundeskanzler und er selbst. Er faßt zusammen: Zur Gewaltanwendung sei die Zustimmung der UNO erforderlich, durch die Androhung von Gewalt solle Druck ausgeübt werden, ein Automatismus dürfe nicht gegeben sein. Gorbatschow sei durchaus bereit, eine sehr weitgehende Resolution zu akzeptieren, die die Gewaltanwendung impliziere.

Der Bundeskanzler erwähnt, daß Gorbatschow ihm am Vortag erklärt habe, er sei mit den Vorstellungen von Präsident Bush einverstanden. Man müsse Präsident Bush helfen, den innenpolitischen Druck in den USA auszuhalten. Das Hauptproblem für ihn sei die Geiselfrage. Man müsse Saddam Hussein klarmachen, daß die Gefahr eines Krieges größer sei, wenn er Geiseln festhalte, als wenn er sie freilasse. Es sei eine falsche Meinung Saddams, wenn er glaube, wegen der Geiseln werde kein Angriff erfolgen. Falls Saddam Hussein alle Geiseln freilasse außer den amerikanischen Bürgern, so bedeute dies Krieg.

Präsident Mitterrand stimmt dieser Analyse zu. Er habe mit König Hussein gesprochen und ihm dies klargemacht. Wenn Saddam Hussein die Geiseln freilasse und dazu eine schöne Rede halte - wie er das könne - wäre es den westlichen Politikern unmöglich, im Volk Unterstützung für einen Krieg zu erhalten.

Der Bundeskanzler bittet um das Einverständnis des Präsidenten, Saddam Hussein zu übermitteln, Präsident Mitterrand teile die obige Analyse.

Präsident Mitterrand weist auf die schwierige psychologische Situation in Frankreich hin. Es gebe weder direkte noch indirekte Kontakte, und er wolle auch nicht ins Zwielflicht geraten. Im übrigen scheine es, daß die USA daran denke, nach der Abstimmung über eine neue UNO-Resolution Emissäre in den Irak zu entsenden. Sie würden wohl eine Art Ultimatum übermitteln. Dies sage zwar nicht Präsident Bush selbst, jedoch seine Umgebung. Frankreich selbst könne aus den erwähnten Gründen nichts unternehmen. Er sei der Auffassung, alle Démarchen müßten gemeinsam erfolgen.

Der Bundeskanzler stimmt dem zu. Dennoch müßten Saddam Hussein zuvor viele persönliche Botschaften übermittelt werden, die ihn davon überzeugen sollten, daß die Kriegsgefahr um so größer sei, je länger er die Geiseln festhalte. Der Bundeskanzler unterstreicht, daß man dies Saddam Hussein immer wieder sagen müsse, da nicht sicher sei, ob er dies wisse.

Präsident Mitterrand weist auf die Problematik des Zeitablaufs hin. Wenn Saddam Hussein die Geiseln erst im Frühjahr freilasse, sei wegen der klimatischen Bedingungen ein Angriff in der Wüste nicht mehr möglich.

Der Bundeskanzler bemerkt, Saddam Hussein verkenne George Bush. George Bush sei stärker als Reagan. Er weiche nicht vor Druck zurück. Er wolle auch wieder für die Präsidentschaft kandidieren und wolle kein Vietnam; wenn es jedoch um die Ehre der Vereinigten Staaten gehe, stehe er.

Präsident Mitterrand wirft ein, Mubarak habe ihm in Kairo erklärt, daß ein eventueller Krieg in 6 Stunden vorüber sein könne; Israel rechne mit 24 Stunden.

Der Bundeskanzler äußert Zweifel.

Präsident Mitterrand fährt fort, PM Thatcher rechne mit mindestens 2 Wochen; die US-Strategen mit 2 Monaten. Dies zeige, daß auch die Experten kein sicheres Urteil hätten. Er selbst meine, daß die irakische Armee, die an massive Luftangriffe nicht gewohnt sei, schnell am Ende sein werde. Die Iraker seien wohl nicht sehr ausdauernd.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, was danach komme. Werde es Widerstand im Untergrund geben? Was geschehe mit Israel? Jedenfalls sei es wichtig, jetzt folgendes zu tun, nämlich erstens die Geiselfrage massiv zu betreiben; zweitens alles was geschehe, müsse auf der Grundlage von UN-Resolutionen geschehen; drittens der Einsatz von kriegerischen Mitteln dürfe nicht ausgeschlossen werden.

Der Bundeskanzler und Präsident Mitterrand stellten ihre übereinstimmende Meinung hierzu fest.

Der Bundeskanzler fährt fort, unweigerlich werde auch die Frage Israel auf den Tisch kommen.

Präsident Mitterrand fügt hinzu, auch der Libanon. Er habe gegenüber Bush geäußert, er möge sich einmal die Lage Frankreichs vorstellen. Bush wolle Kuwait schützen; Frankreich habe in Kuwait keine Interessen. Dennoch habe Frankreich im Golf die meisten Truppen nach den USA. Frankreich tue seine Pflicht. Er wolle jedoch nicht in Entscheidungen hineingezogen werden, die er nicht beeinflussen könne. Mit Kuwait gebe es keine bilateralen Abkommen oder besondere Beziehungen; für das französische Verhalten seien nur strategische Interessen maßgeblich. Der Libanon jedoch interessiere Frankreich. Seit über 600 Jahren bestünden enge Beziehungen; die Bevölkerung sei frankophon. Als er um amerikanische Unterstützung gebeten habe, damit Assad und Israel nicht militärisch im Libanon intervenierten, habe die USA nein gesagt. Frankreich sei jedoch solidarisch mit den USA in Kuwait, obwohl die USA sich nicht mit Frankreich im Libanon für solidarisch erklärt habe. Dies verstehe die französische Bevölkerung nicht; d. h. Israel und Libanon müßten ebenfalls in der UNO-Resolution angesprochen werden.

Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß für Bush die Frage Israel am schwierigsten sei.

Präsident Mitterrand stimmt zu und weist auf den starken Einfluß der jüdischen Lobby in den USA hin. Der Text der Resolution über den Tempelberg sei ein Beispiel. Bush habe ihm gesagt, er könne nicht weiter gehen.

Der Bundeskanzler und Präsident Mitterrand kamen überein, sich am 5. Dezember 1990 zum Abendessen im Elysee zu treffen. Zuvor sollten die Mitarbeiter ein Papier betreffend das Vorgehen beim nächsten Europäischen Rat abstimmen. Der Bundeskanzler ist zuversichtlich, daß bei einer deutsch-französischen Einigung auch Adreotti und Gonzalez zu gewinnen seien.

Präsident Mitterrand erkundigt sich nach den Prognosen für die vorstehenden Bundestagswahlen. Die Sache sei ja schon gelaufen.

Der Bundeskanzler erläutert, daß für die CDU/CSU 45 bis 46 %, für die SPD 33 bis 34 %, für die FDP 8 bis 10 %, für die Grünen 7 bis 8 % und für die PDS 2 % - in der früheren DDR 8 % - vorhergesagt würden.

Der Präsident bemerkt, er sehe die Zukunft des Bundeskanzlers rosiger als die von Margret Thatcher.

Der Bundeskanzler erwidert, er sehe dies im Augenblick ebenso. Die Lage von Frau Thatcher sei sehr schwierig, auch wenn sie jetzt die Abstimmung gewönne.

Präsident Mitterrand bemerkt abschließend, daß 12 Jahre ja auch eine lange Zeit seien.

Das Gespräch endet nach etwa 50 Minuten.

Weitere Teilnehmer:

Auf deutscher Seite:

BM Klein
MD Teltschik
MDg Dr. Neuer als Note-Taker
Herr Zimmermann, Dolmetscher

Auf französischer Seite:

Generalsekretär Bianco
Herr Hennekine
Madame de Marjorie
Madame Stoffaes, Dolmetscherin

Neuer

Neuer

Bonn, den 22. November 1990

V e r m e r k

Betr.: Frühstück des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand am Mittwoch, den 21. November 1990 in Paris aus Anlaß des KSZE-Gipfeltreffens[\[1\]](#)

Das Gespräch wendet sich zunächst dem KSZE-Gipfeltreffen zu.

Der Bundeskanzler bemerkt, ein Vergleich mit dem Wiener Kongreß hinke. Bei dem Gipfeltreffen handele es sich um mehr als ein Jahrhundertereignis. Es sei etwas einmaliges. Er begrüße es, daß das Treffen in Paris stattfinde. Die Atmosphäre hier sei sehr hilfreich für das Gelingen.

Präsident Mitterrand bemerkt, es gebe immerhin einige französische Zeitungen, die nur über die durch das Treffen verursachten Verkehrsstaus schrieben und die positiven Aspekte kaum beachteten. Er habe manchmal Sorge um das Gleichgewicht der Demokratie bei dem starken Einfluß der Medien. Der Präsident fährt fort, die Volksvertreter könnten doch sehr stark durch die Medien beeinflusst werden. Über Jahrhunderte hinweg habe sich zunächst ein Gleichgewicht zwischen Exekutive und Legislative gebildet; im 18. Jahrhundert sei noch die Judikative hinzugekommen. Dieses Gleichgewicht sei sorgfältig austariert gewesen. Es werde heute durch die Medien gefährdet. Wenn man jedoch eine diesbezügliche Bemerkung mache, heiße es, man sei ein schlechter Demokrat.

Der Bundeskanzler gibt der Überzeugung Ausdruck, daß im 21. Jahrhundert ein Weg gefunden werden müsse, um dem Rechnung zu tragen oder die Demokratie werde scheitern. Er weist darauf hin, daß Bilder noch mehr die Menschen manipulieren könnten als geschriebene Texte.

Präsident Mitterrand äußert seine Befriedigung über den Verlauf des Gipfels. Deutschland habe ja auch allen Entscheidungen zugestimmt. Am Rande sei es im wesentlichen um den Golf gegangen. Er sei sich nicht sicher, ob es Präsident Bush nicht zu eilig gehabt habe. Auf die entsprechende Frage von Präsident Bush habe er geäußert, er sei mit einer Diskussion über eine Resolution der Vereinten Nationen einverstanden, die die Anwendung von Gewalt beinhalte. Es gehe nur um die Diskussion des genauen Wortlauts. Unmittelbar nach diesem Gespräch sei dies von dem amerikanischen Sprecher dahingehend interpretiert worden, daß Mitterrand nicht mit der Gewaltanwendung einverstanden sei. Dies sei nicht richtig; allerdings komme sie nur im Rahmen der Vereinten Nationen in Betracht.

Der Bundeskanzler fragt nach, ob Präsident Bush damit einverstanden gewesen sei, daß Gewalt nur auf der Grundlage einer UN-Resolution ausgeübt werde.

Präsident Mitterrand bejaht dies. Er fährt fort, die Amerikaner könnten sich sonst auf Artikel 51 der UN-Charta berufen, der eine Intervention erlaube, wenn ein Land um Hilfe bitte. Dies sei bisher der Standpunkt von James Baker gewesen. Jetzt seien auch die Amerikaner der Auffassung, daß eine UNO-Resolution hierfür erforderlich sei, die Gewaltanwendung ausdrücklich vorsehe. Er finde dies richtig. Saddam Hussein müsse verstehen, daß er nicht viel Spielraum habe.

Der Bundeskanzler stimmt zu, daß alle Maßnahmen unter dem Dach der Vereinten Nationen getroffen werden müßten.

Präsident Mitterrand weist darauf hin, daß Gorbatschow ebenso denke wie der Bundeskanzler und er selbst. Er faßt zusammen: Zur Gewaltanwendung sei die Zustimmung der UNO erforderlich, durch die Androhung von Gewalt solle Druck ausgeübt werden, ein Automatismus dürfe nicht gegeben sein. Gorbatschow sei durchaus bereit, eine sehr weitgehende Resolution zu akzeptieren, die die Gewaltanwendung impliziere.

Der Bundeskanzler erwähnt, daß Gorbatschow ihm am Vortag erklärt habe, er sei mit den Vorstellungen von Präsident Bush einverstanden. Man müsse Präsident Bush helfen, den innenpolitischen Druck in den USA auszuhalten. Das Hauptproblem für ihn sei die Geiselfrage. Man müsse Saddam Hussein klarmachen, daß die Gefahr eines Krieges größer sei, wenn er Geiseln festhalte, als wenn er sie freilasse. Es sei eine falsche Meinung Saddam Husseins, wenn er glaube, wegen der Geiseln werde kein

Angriff erfolgen. Falls Saddam Hussein alle Geiseln freilasse außer den amerikanischen Bürgern, so bedeute dies Krieg.

Präsident Mitterrand stimmt dieser Analyse zu. Er habe mit König Hussein gesprochen und ihm dies klargemacht. Wenn Saddam Hussein die Geiseln freilasse und dazu eine schöne Rede halte - wie er das ja könne - wäre es den westlichen Politikern unmöglich, im Volk Unterstützung für einen Krieg zu erhalten.

Der Bundeskanzler bittet um das Einverständnis des Präsidenten, Saddam Hussein zu übermitteln, Präsident Mitterrand teile die obige Analyse.

Präsident Mitterrand weist auf die schwierige psychologische Situation in Frankreich hin. Es gebe weder direkte noch indirekte Kontakte, und er wolle auch nicht ins Zwielflicht geraten. Im übrigen scheine es, daß die USA daran denke, nach der Abstimmung über eine neue UNO-Resolution Emissäre in den Irak zu entsenden. Sie würden wohl eine Art Ultimatum übermitteln. Dies sage zwar nicht Präsident Bush selbst, jedoch seine Umgebung. Frankreich selbst könne aus den erwähnten Gründen nichts unternehmen. Er sei der Auffassung, alle Demarchen müßten gemeinsam erfolgen.

Der Bundeskanzler stimmt dem zu. Dennoch müßten Saddam Hussein zuvor viele persönliche Botschaften übermitteln werden, die ihn davon überzeugen sollten, daß die Kriegsgefahr umso größer sei, je länger er die Geiseln festhalte. Der Bundeskanzler unterstreicht daß man dies Saddam Hussein immer wieder sagen müsse, da nicht sicher sei, ob er dies wisse.

Präsident Mitterrand weist auf die Problematik des Zeitablaufs hin. Wenn Saddam Hussein die Geiseln erst im Frühjahr freilasse, sei wegen der klimatischen Bedingungen ein Angriff in der Wüste nicht mehr möglich.

Der Bundeskanzler bemerkt, Saddam Hussein verkenne George Bush. George Bush sei stärker als Reagan. Er weiche nicht vor Druck zurück. Er wolle auch wieder für die Präsidentschaft kandidieren und wolle kein Vietnam; wenn es jedoch um die Ehre der Vereinigten Staaten gehe, stehe er.

Präsident Mitterrand wirft ein, Mubarak habe ihm in Kairo erklärt, daß ein eventueller Krieg in 6 Stunden vorüber sein könne; Israel rechne mit 24 Stunden.

Der Bundeskanzler äußert Zweifel.

Präsident Mitterrand fährt fort, PM Thatcher rechne mit mindestens 2 Wochen; die US-Strategen mit 2 Monaten. Dies zeige, daß auch die Experten kein sicheres Urteil hätten. Er selbst meine, daß die irakische Armee, die an massive Luftangriffe nicht gewohnt sei, schnell am Ende sein werde. Die Iraker seien wohl nicht sehr ausdauernd.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, was danach komme. Werde es Widerstand im Untergrund geben? Was geschehe mit Israel? Jedenfalls sei es wichtig, jetzt folgendes zu tun, nämlich erstens die Geisel-frage massiv zu betreiben; zweitens alles was geschehe, müsse auf der Grundlage von UN-Resolutionen geschehen; drittens der Einsatz von kriegerischen Mitteln dürfe nicht ausgeschlossen werden.

Der Bundeskanzler und Präsident Mitterrand stellten ihre übereinstimmende Meinung hierzu fest.

Der Bundeskanzler fährt fort, unweigerlich werde auch die Frage Israel auf den Tisch kommen.

Präsident Mitterrand fügt hinzu, auch der Libanon. Er habe gegenüber Bush geäußert, er möge sich einmal die Lage Frankreichs vorstellen. Bush wolle Kuwait schützen; Frankreich habe in Kuwait keine Interessen. Dennoch habe Frankreich im Golf die meisten Truppen nach den USA. Frankreich tue seine Pflicht. Er wolle jedoch nicht in Entscheidungen hineingezogen werden, die er nicht beeinflussen könne. Mit Kuwait gebe es keine bilateralen Abkommen oder besondere Beziehungen; für das französische Verhalten seien nur strategische Interessen maßgeblich. Der Libanon jedoch interessiere Frankreich. Seit über 600 Jahren bestünden enge Beziehungen; die Bevölkerung sei frankophon. Als er um amerikanische Unterstützung gebeten habe, damit Assad und Israel nicht militärisch im Libanon intervenierten, habe die USA nein gesagt. Frankreich sei jedoch solidarisch mit den USA in Kuwait, obwohl die USA sich nicht mit Frankreich im Libanon für solidarisch erklärt habe. Dies verstehe die französische Bevölkerung nicht; d. h. Israel und Libanon müßten ebenfalls in der

UNO-Resolution angesprochen werden.

Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß für Bush die Frage Israel am schwierigsten sei.

Präsident Mitterrand stimmt zu und weist auf den starken Einfluß der jüdischen Lobby in den USA hin. Der Text der Resolution über den Tempelberg sei ein Beispiel. Bush habe ihm gesagt, er könne nicht weiter gehen.

Der Bundeskanzler und Präsident Mitterrand kamen überein, sich am 5. Dezember 1990 zum Abendessen im Elysee zu treffen. Zuvor sollten die Mitarbeiter ein Papier betreffend das Vorgehen beim nächsten Europäischen Rat abstimmen. Der Bundeskanzler ist zuversichtlich, daß bei einer deutsch-französischen Einigung auch Andreotti und Gonzalez zu gewinnen seien.

Präsident Mitterrand erkundigt sich nach den Prognosen für die vorstehenden Bundestagswahlen. Die Sache sei ja schon gelaufen.

Der Bundeskanzler erläutert, daß für die CDU/CSU 45 bis 46 %, für die SPD 33 bis 34 %, für die FDP 8 bis 10 %, für die Grünen 7 bis 8 % und für die PDS 2 % - in der früheren DDR 8 % - vorhergesagt würden.

Der Präsident bemerkt, er sehe die Zukunft des Bundeskanzlers rosiger als die von Margret Thatcher.

Der Bundeskanzler erwidert, er sehe dies im Augenblick ebenso. Die Lage von Frau Thatcher sei sehr schwierig, auch wenn sie jetzt die Abstimmung gewönne.

Präsident Mitterrand bemerkt abschließend, daß 12 Jahre ja auch eine lange Zeit seien.

Das Gespräch endet nach etwa 50 Minuten.

Weitere Teilnehmer:

Auf deutscher Seite: BM Klein, MD Teltschik, MDg Dr. Neuer als Note-Taker, Herr Zimmermann, Dolmetscher

Auf französischer Seite: Generalsekretär Bianco, Herr Hennekine, Madame de Marjorie, Madame Stoffaes, Dolmetscherin

[\[1\]](#) BArch, B 136/59734, 133-138.

Neuer

Bonn, 22 November 1990

M e m o r a n d u m

Subject: The Chancellor's Breakfast Meeting with President Mitterrand on Wednesday, 21 November 1990 in Paris for the occasion of the CSCE summit

First, the discussion turns to the CSCE summit.

The Chancellor [Helmut Kohl] remarks that a comparison with the Congress of Vienna was limp. The summit was more than an event of the century. It was something unique. He welcomed the fact that the meeting was taking place in Paris. The atmosphere was very helpful for success.

President Mitterrand says that there were at least some French newspapers that only wrote about the traffic jams caused by the meeting and paid little attention to the positive aspects. Sometimes, he was concerned about the balance of democracy given the strong influence of the media. The President went on to say that the elected representatives could be strongly influenced by the media. Over the centuries, a balance between the executive and legislative branches had developed. In the 18th century the judiciary was added. This was a careful balance. Today, it was endangered by the media. However, if you made a comment about it, it meant you were a bad democrat.

The Chancellor expresses his conviction that a way must be found in the 21st century to take this into account or that democracy would fail. He points out that images can manipulate people even more than written texts.

President Mitterrand expressed his satisfaction with the way the summit went. Germany had agreed to all of the decisions. By the way, it was essentially about the Gulf. He was not sure that President Bush was in too much of a hurry. In response to a question from President Bush, he had said that he agreed to a discussion on a United Nations resolution that included the use of force. It was only a matter of discussing the exact wording. Immediately after this conversation, the American spokesman interpreted this to mean that Mitterrand did not agree to the use of force. This was not correct. However, this could only be considered within the framework of the United Nations.

The Chancellor asked whether President Bush had agreed that force could only be exercised on the basis of a UN resolution.

President Mitterrand replied in the affirmative. He went on to say that the Americans could otherwise invoke Article 51 of the UN Charter, which allows for intervention if a country asks for help. This had been James Baker's position so far. Now, the Americans thought that a UN resolution was necessary for this, which explicitly provides for the use of force. He thought this was correct. Saddam Hussein had to understand that he did not have much leeway.

The Chancellor agrees that all measures should be taken under the umbrella of the United Nations.

President Mitterrand points out that Gorbachev thought along same lines. He sums this up: The use of force required the approval of the UN, threats of force should be used to exert pressure, and there should be no automatism. Gorbachev was quite ready to accept a very far-reaching resolution that implied the use of force.

The Chancellor mentions that Gorbachev had told him the day before that he had agreed with President Bush's ideas. One had to help President Bush withstand the domestic political pressure in the USA. The main problem for him was the hostage question. It had to be made clear to Saddam Hussein that the danger of war would be greater if he held hostages than if he released them. Saddam Hussein was wrong to believe that there would be no attack because of the hostages. If Saddam Hussein released all hostages except the American citizens, it would mean war.

President Mitterrand agrees with this analysis. He spoke to King Hussein and made this clear to him. If Saddam Hussein released the hostages and gave a nice speech – as he very well could – it would be impossible for Western politicians to get popular

support for a war.

The Chancellor asked for the President's consent to inform Saddam Hussein of President Mitterrand's position and the fact that he shared the above analysis.

President Mitterrand draws attention to the difficult psychological situation in France. There were no direct or indirect contacts, and he did not want to fall into the twilight. In addition, it seems that the USA was thinking of sending emissaries to Iraq after the vote on a new UN resolution. They would be delivering some kind of ultimatum. This was not what President Bush himself said, but those around him. France itself could not do anything for the reasons mentioned. He believed that all demarches should be made together.

The Chancellor agrees. Nevertheless, Saddam Hussein had to be given many personal messages beforehand to convince him that the longer he held the hostages, the greater the danger of war was. The Chancellor emphasizes that this must be said to Saddam Hussein over and over again, since it was not certain whether he knew it.

President Mitterrand points out the problem of the passage of time. If Saddam Hussein did not release the hostages until spring, an attack in the desert would no longer be possible due to the climatic conditions.

The Chancellor remarks that Saddam Hussein misjudged George Bush. George Bush was stronger than Reagan. He did not back down from pressure. He also wanted to run for the presidency again and did not want Vietnam; but when it came to the honor of the United States, he stood.

President Mitterrand interjects that Mubarak had told him in Cairo that a possible war could be over in six hours; Israel counted on 24 hours.

The Chancellor expresses doubts.

President Mitterrand says PM Thatcher expects at least 2 weeks; the US strategists 2 months. This showed that even the experts had no definite judgment. He himself thought that the Iraqi army, which was not used to massive air strikes, would be quickly exhausted. The Iraqis were probably not very persistent.

The Chancellor asks what came next. Would there be resistance underground? What was happening to Israel? In any case, it was important to do the following now, namely, first, to pursue the hostage question on a massive scale; second, everything that happened must be done on the basis of UN resolutions; thirdly, the use of warlike means should not be ruled out.

The Chancellor and President Mitterrand agreed that they shared the same opinion.

The Chancellor continues saying that the question of Israel will inevitably also come on the table.

President Mitterrand also adds Lebanon. He told Bush that he should imagine the situation in France. Bush wanted to protect Kuwait; France had no interests in Kuwait. Nevertheless, France had the most troops in the Gulf after the USA. France was doing its duty. However, he did not want to be drawn into decisions that he could not influence. There were no bilateral agreements or special relationships with Kuwait; only strategic interests were decisive for the French behavior.

But France was interested in Lebanon. Close relationships had been existing for over 600 years; the population was francophone. When he asked for American support so that Assad and Israel would not intervene militarily in Lebanon, the USA said no. However, France was in solidarity with the USA in Kuwait, although the USA had not declared its solidarity with France in Lebanon. The French people did not understand this. This meant that Israel and Lebanon should also be addressed in the UN resolution.

The Chancellor points out that the Israeli issue was the most difficult for Bush.

President Mitterrand agrees and points to the strong influence of the Jewish lobby in the USA. The text of the resolution on the Temple Mount was an example. Bush had told him he could not go any further.

The Chancellor and President Mitterrand agree to meet for dinner on 5 December at the Elysee. Before that, the staff should agree on a paper on how to proceed at the next European Council. The Chancellor was confident that if there is a Franco-German agreement, Andreotti and Gonzalez could also be won.

President Mitterrand asks about the prognoses for the upcoming federal elections. The thing was already over.

The Chancellor explains that the predictions were as follows: For the CDU / CSU 45% to 46%, for the SPD 33% to 34%, for the FDP 8% to 10%, for the Greens 7% to 8%, and for the PDS 2% - in the former GDR 8%.

The President remarks that he saw the future of the Chancellor as rosier than that of Margret Thatcher.

The Chancellor replies that he currently saw the same thing. Mrs. Thatcher's position was very difficult, even if she won the vote now.

President Mitterrand concludes that 12 years was a long time. The conversation ends after about 50 minutes.

Other participants:

On the German side:

BM Klein

MD Teltschik

MDg Dr. Neuer than note taker

Mr. Zimmermann, interpreter

On the French side:

General Secretary Bianco

Mr. Hennekine

Madame de Marjorie

Madame Stoffaes, interpreter

[handwritten signature by Neuer]